



Mein Name ist Dr. Reiner Füllmich, ich habe 1993 meine Anwaltszulassung in Deutschland und – nach bestandenem Bar-Exam – auch in Kalifornien in den USA erhalten.

In rund 30 Jahren als Prozessanwalt habe ich mit den Kollegen meiner Kanzlei ausschließlich Verbraucher und kleine und mittlere Unternehmen gegen große – in aller Regel kriminelle – Konzerne vertreten, darunter gegen die Deutsche Bank (für die ich in Tokio als Banker, nicht als Jurist, tätig war), VW wegen des Dieselmotors und die weltgrößte Spedition Kühne + Nagel wegen größter Korruption.

Als Anfang 2020 die sogenannte Corona-Pandemie losbrach, befand ich mich gerade mit meiner Frau und den Hunden auf unserer Ranch in Kalifornien. Ich kehrte nach Deutschland zurück, weil ich glaubte, dass meine internationale Erfahrung und meine internationalen Verbindungen im Arzt- und Arzneimittelrecht schnell dazu führen würde, den Nachweis erbringen zu können, dass die Maßnahmen überflüssig und sinnlos sind und dass die völlige Aushebelung der Grundrechte ohnehin illegal ist.

Diese erfolgreiche internationale Aufklärungsarbeit empfanden die Verantwortlichen wohl als so bedrohlich, dass sie nun alles unternahmen, um mich mundtot zu machen.

Unter dem ungerechtfertigten Vorwurf einer angeblichen Untreue nahmen sie mich im Oktober 2023 in U-Haft und begannen Anfang 2024 mit einem Verfahren, welches an Absurdität kaum zu übertreffen ist. Schon allein, dass ab dem Sommer 2024 die Öffentlichkeit während des Prozesses ausgeschlossen wurde durch die ausnahmslose Anordnung des schriftlichen Verfahrens, lässt die Frage aufkommen, inwieweit die Justiz noch dem Grundgesetz und der Wahrheitsfindung verpflichtet ist oder ob hier inzwischen Willkür und politische Interessen im Vordergrund stehen. Dies zusammen mit den Haftbedingungen, die mehr als außergewöhnlich sind und die eher den Begriff „weiße Folter“ als Untersuchungshaft verdient hätten, hat in mir die Überzeugung wachsen lassen, dass es mehr Menschen braucht, die sich im Bundestag für die Rechte und Bedürfnisse der Menschen einsetzen.

Dazu gehört es, Verantwortung zu übernehmen und sich nicht hinter irgendwelchen Parteivorgaben zu verstecken. Eine unabhängige Aufklärung halte ich für ebenso wichtig, wie die Verantwortlichen für ihre Taten gegen die Menschen zur Verantwortung zu ziehen.

Daher lautet mein persönliches Motto: „Versöhnung durch Wahrheit statt Spaltung durch Lüge.“

Es gibt keine Zufälle und dass ich in dem gleichen Wahlkreis antrete, in dem ein Kandidat, der bis vor kurzem noch der Präsident des Verfassungsschutzes war, nun in den Bundestag gewählt werden möchte, gehört wohl zu den Dingen, die man vielleicht als Schicksal bezeichnen kann. Habe ich doch am eigenen Leib erfahren dürfen, wie unter seiner Verantwortung viele Menschen, allein wegen der Äußerung ihrer Meinung in Form von Kritik an der Politik oder dem System, mit Strafverfolgung belegt wurden. Dies betrifft auch mich in meinem eigenen Verfahren aktuell insbesondere persönlich.

Wenn wir immer wieder die gleichen Parteien oder Abgeordneten in den Bundestag wählen und nur deren Position vielleicht mal ändern, wird sich die Politik nicht weiterentwickeln. Ohnehin kann man bei den alteingesessenen Parteien eher von einer großen „Einheitspartei“ reden.

Ein Weg zu einer starken, friedlichen Gesellschaft erfordert Menschen, denen die Anliegen der Gesellschaft wichtiger sind als ihr Posten selbst.